

Der Gefellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt

Gründungs-Jahr 1820

Verleger: J. H. G. G. G. G.

Verantwortlicher Redakteur: J. H. G. G. G.

Telegraphen-Adresse: Gefellschafter Nagold
Postfach-Nr. 1111

Nr. 261

Montag den 8. November 1920

94. Jahrgang

Englische Arbeit und deutscher Achtstundentag?

Zu den für den Engländer geheiligten Bräuden seines Landes gehören, wie wohl alle Englandbesucher und auch sonst viele Leute wissen, die Einrichtung des Week-end, d. h. die Einrichtung, daß allsonnabendlich nachmittags 2 Uhr die Arbeitsschicht zu Ende war. Es galt schlechthin als elementares Menschenrecht, von der genannten Stunde an bis zum Montagmorgen arbeitsfrei zu sein. Und beinahe ebenso unantastbar und allgemein war die Einrichtung der durchgehenden Arbeitszeit vom Morgen bis zum frühen Nachmittag, die sich ja als „englische Arbeitszeit“ in den letzten Jahren, freilich aus anderen Gründen als einst in ihrer Heimat, auch in Deutschland mehr und mehr eingebürgert hat. Diesem wie jenem Brauch haben in England die Not der Zeit und die Einsicht für ihre Erfordernisse ein Ende gemacht. Siegf. Hartmann schreibt in der Dsch. Wg.:

„Das Dogma ist gestürzt. In London und in den großen Städten der Provinz wird Tag für Tag auch bis zum späten Abend gearbeitet, am Sonnabend nachmittags gehen die Geschäftsherren mit ihrem Personal im Büro und arbeiten. Ja selbst das Unglaubliche ist wahr geworden, der Sonntag ist nicht mehr so heilig, daß an ihm nicht mehr geschäftliche Sitzungen abgehalten würden. Noch ist dieser Brauch mit der alten Gewohnheit nicht auf der ganzen Linie vollzogen, doch die Umwälzung, die Umstellung auf die Bedürfnisse der harten Gegenwart ist schon in einem solchen Maß erfolgt, daß, wie uns zuverlässige Berichte besagen, es jedem, der die englischen Städte heute besucht, sofort auffällt. Diese Tatsache verdient politische Beachtung. Wenn es richtig war, daß der Vorsprung, den Deutschland vor England bis 1914 Jahr für Jahr gewann, darauf zurückzuführen war, daß in Deutschland mehr gearbeitet wurde, dann haben wir allen Grund, sehr ernst die oben geschilderte Veränderung in der englischen Lebens- und Geschäftsauffassung zu durchdenken. Und die Erklärung? Sie ist beschämend für uns. Der Siegerstaat, der durch den Krieg unmittelbar am wenigsten gelitten hat, hat zuerst erkannt, daß es notwendig ist, mehr zu arbeiten, wenn man vor der Latsche steht, daß 5 1/2 Jahre lang die besten Kräfte der Nation unproduktiver Kriegsarbeit gewidmet worden sind. In demselben Maße, wie bei uns die englische Arbeitszeit jetzt mehr und mehr eingeführt wird, schafft sie England ab! Damit soll nicht geleugnet werden, daß namentlich in der Großstadt die „englische Arbeitszeit“ viel für sich hat, und daß sie bei organisatorischer richtiger Anwendung auch hohe Leistungen zeitigen kann. Doch darum handelt es sich hier nicht, sondern um das Symptom, das wir beobachten, den verstärkten Arbeitseifer, der sich in dem Bruch mit der alten Gewohnheit zeigt und der gerade deshalb so beachtlich ist, weil er im ganzen Organismus der englischen Wirtschaft dem einzelnen außerordentlich große persönliche Unbequemlichkeiten auferlegt. Man kann gefühlsmäßig der arbeitsfreie Menschfreund sein — eine nüchternere verstandesmäßige Überlegung muß jeden Klardenkernden überzeugen, daß man Veräumlichtes nicht durch Verringerung der Anstrengungen einholt, und diese nüchternere verstandesmäßige Überlegung haben die Engländer, wie die Abschaffung des week-end beweist, angefaßt und danach gehandelt. Es ist ja viel davon gesprochen worden, daß eine Verringerung der Arbeitszeit keine Verringerung der Produktion bedingt. Das ist aber nur bedingt richtig. Der große, folgenschwere Irrtum, den wir begangen haben, liegt in der Schematisierung der Arbeitszeit. Bei der Verschiedenheit der menschlichen Beschäftigungen ist eine solche Schematisierung in ihrer Wirkung nicht sozial, sondern unsozial. Gewiß gibt es Arbeit, namentlich in manchen Fabriken und Gewerbebetrieben, die ein ungewöhnliches Maß körperlicher Anstrengung erfordert und die eine Verringerung der Arbeitszeit erfordert. Der Bauer im Bergwerk unter der Erde, der Führer und Heizer auf der Lokomotive, der Arbeiter in chemischen Betrieben mit schlechten und schädlichen Dämpfen, sie alle haben Anspruch auf eine besondere Regelung ihrer Arbeitszeit, und diese würde sich umso eher richtig durchsetzen lassen, wenn die anderen Arbeiterkategorien nicht schematisch für sich jede Erleichterung ebenfalls verlangten, die man ihnen gewährt. Man wird auch dem Schiffer, der den ganzen Tag unter Hingabe seiner vollen Körperkraft dem Ruder vorwärts fährt, eine längere Arbeitszeit zubilligen. Es ist aber nicht sozial, sondern unsozial, nun dieselbe kurze Arbeitszeit auch dem Schiffer zu gewähren, der im Schlepptau eines Dampfers in der Sonne seine Röhre schmeißt.“

„Die achtstündige Arbeitszeit gilt“, so schreibt Hartmann, „als eine geheiligte Erungenschaft der Revolution (eine an sich recht überflüssige Behauptung), sie ist auch um seit nunmehr zwei Jahren zu einer Art Dogma geworden, wie es dem Engländer sein week-end war. Der Engländer hat dieses Dogma den wirtschaftlichen Notwendigkeiten seines Landes angepaßt. Es ist eine Lebensfrage für unser Volk, ob wir zu gleichem Opfer fähig sind, und wenn dabei in Deutschland wie in England das Bürgertum einschließlich der gesamten Angestellten mit gutem Beispiel praktisch vorangeht, so wird damit der erste Beweis geliefert sein, daß wir an politischer Einsicht wenigstens in einem wesentlichen Punkt das erfolgreiche Inselvolk jenseits des Kanals erreicht haben.“

Sean Herbetts über Deutschland.

Im „Temps“ veröffentlicht Sean Herbetts einen weiteren Artikel über die „Deutsche Krise“, der sich durch Sachlichkeit auszeichnet und dadurch deutlich abhebt von dem, was sonst in den französischen Zeitungen über Deutschland zu lesen ist. Herbetts stellt ganz richtig, daß die Frage der Wiedergutmachung in erster Linie eine Frage der deutschen Zahlungsfähigkeit ist. Nach eingehenden Ausführungen über die Wirtschaftskrise in ihrem Zusammenhang mit der Entwertung der deutschen Wulata schreibt er:

„Man sieht, wie illusorisch es ist, die deutsche Schuld zu diskutieren, solange man nicht die Mittel findet hat, mit denen Deutschland zahlungsfähig gemacht werden kann. Aber gewisse Leute antworten, daß das Problem der deutschen Zahlungsfähigkeit sehr einfach sei. Es genügt nach ihnen, die Kräfte sich verschärfen zu lassen. Wenn das Brot noch knapper und teurer wird, werden dann die Kommunisten nicht versuchen, von der Gelegenheit zu profitieren. Wird es nicht zu Aufständen und Staatsstreichern kommen? Lassen wir das alles eintreten, sagen die Vertreter der „starken Hand“, aus Süddeutschland, aus Bayern werden wohl disziplinierter Truppen kommen, welche die Bolschewisten des Nordens vernichten bringen.“ Auf diese Weise wird man zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: das siegreiche Vorgehen wird den Föderalismus wieder einrichten, der definitiv gemacht wird durch die Wiedereinsetzung der Dynastien. Auf der anderen Seite werden die künftigen Arbeiter billiger arbeiten, auf den Achtstundentag verzichten, so daß die deutsche Industrie keine Konkurrenz mehr zu befürchten hat und exportieren kann, soviel sie nur will.“

Herbetts hält diesen Vertretern der „starken Hand“ in Frankreich entgegen, daß sie bei all diesem auf Ludendorff stoßen und nur eine „Politik des Sälmmereins“ betreiben würden. Aber der Erfolg einer solchen Politik wäre nicht einmal gesichert. Die mächtigen Arbeiterorganisationen wollen von Ludendorff-Ehrerich so wenig wissen wie von Ludendorff-Kapp. Auch würde Deutschland keine bayrische Hegemonie durchsetzen.“

Was uns (Franzosen) betrifft, ist es ein erniedrigendes Nachbar in Deutschland besorgt sind, so hätten wir uns des föderalistischen Reichs kaum zu erfreuen, das die bayrischen Reaktionen planen. (Herbetts spricht dann von den Absichten einer Loslösung Hannovers). Wir würden abermals bemerken, daß die berühmte Mainlinie nur eine optische Täuschung ist, und wir würden, zu spät, erkennen, daß der bayerische Föderalismus nichts anderes ist, als der preussische Militarismus von unten gesehen.“

Herbetts stellt also fest, daß eine andere Methode notwendig ist, um Deutschland zahlungsfähig und zahlungswillig zu machen.

Die Frage ist nicht allein politisch, oder finanziell oder militärisch, sie ist das alles zugleich. Sie ist militärisch in dem Sinne, daß die Entwertung Deutschlands und die Macht der Wälferten das deutsche Volk gegen ungesunde Annäherungen schützen und ihm unauflöslich die Absurdität einer Provanzpolitik vor Augen halten. Die Frage ist finanziell in dem Sinne, daß der oben beschriebene Zerfall (Lohnsteigerung und Valutafall) endlich aufhöre, und daß das einzige Mittel dazu darin besteht, ein internationales Abkommen zu schließen, das erlaubt, in Deutschland die Lebensmittelpreise herabzudrücken. Die Preise zu drücken — diese Operation erfordert nicht nur Kredite, sondern auch strenge Maßnahmen gegen die Schieber — das ist das einzige Heilmittel, welches die Arbeiter veranlassen kann ohne Erhöhung der Löhne zu arbeiten, welches die Mittelklassen und die Gebildeten vor der Verarmung bewahren und die Landwirtschaft zwingen würde, mehr zu produzieren und billiger zu verkaufen.“

Der Artikel schließt mit dem Nachweis, daß die Frage auch politischer Natur ist. Die Frage der Wiedergutmachung kann nur mit einem demokratischen Regime und mit der Republik in Deutschland gelöst werden. Wenn es Herbetts gelingt, die bei seinen Vorklären herrschenden falschen Vorstellungen zu berichtigen, dann wird seine Reise nach Deutschland nicht vergebens gewesen sein. Für das deutsche Volk kann allerdings nur die offizielle französische Politik maßgebend sein, die von Sachlichkeit noch sehr weit entfernt ist. Bisher war aber auch der „Temps“ einer der lautesten Befürworter einer „Politik der starken Hand“.

Tagess-Renigleiten.

Der Einzug des Reichsnotopfers.

Berlin, 6. Nov. In der Aussprache über das Reichsnotopfer hat sich das Kabinett, wie die D. Z. erzählt, dahin geeinigt, daß von der Gesamtschuld aus dem Reichsnotopfer ein Drittel durch die jetzt fertiggestellten Gesetzesnovellen beschleunigt eingezogen werden soll. Jeder zum Reichsnotopfer Verpflichtete wird also ein Drittel seiner Gesamtschuld in den nächsten Monaten zu bezahlen haben. Die Novellen bestimmen, daß dieses Drittel mindestens 10 Prozent des Vermögens der Steuerpflichtigen erreichen muß. Für die Zahlung der allmählich einzuziehenden weiteren Drittel werden 2 Termine genannt, von denen der erste auf den 1. Februar 1921 festgesetzt ist.

Die Gewerkschaften zur Bedrohung des Ruhrgebiets.

Berlin, 6. Nov. Wie die „P. P. N.“ erfahren, haben die im Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes versammelten Gewerkschaftsvorstände am 4. November folgende Rundgebung einstimmig angenommen: „Von Tag zu Tag vermehren sich die Anzeichen, die die Gefahr einer gemeinsamen Belegung unseres rheinisch-westfälischen Industriegebietes durch französische Streitkräfte näher bringen. Truppensammensetzungen, die Anlage von Truppenübungs- und Flugplätzen im besetzten Rheinland, öffentliche Rundgebungen der französischen Presse und gleichgerichtete, an Landeserrat grenzende Bestrebungen ländlicher Kreise lassen keinen anderen Schluss zu, als daß der französische Militarismus nur auf eine günstige Gelegenheit wartet, um sich in den Besitz des Ruhrkohlenreviers zu setzen und damit Deutschland den wirtschaftlichen Lebensadern abzuschneiden. Eine solche Vergewaltigung Deutschlands würde katastrophal werden nicht nur für unsere Staats- und Wirtschaftseinheit, sondern auch für das gesamte Europa und für die wirtschaftlichen Beziehungen der Kulturvölker. Deutschland würde nicht allein zerrissen; man überläßt ein Sechsigmillionenvolk zugleich dem Hunger und der Verarmung und schafft damit eine Gefahr für die übrige Kulturwelt. Es mag imperialistische Kreise in Frankreich geben, die auch das trassete Elend nicht von der rücksichtslosen, den Weltfrieden aufs neue bedrohenden Verfolgung dieser Ziele abstricht — aber der einsichtiger und weiterblickende Teil der Menschheit und besonders die gesamte Arbeiterschaft aller Länder sollten diese Gefahr erkennen und mit uns zu verhindern suchen. Der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die Vertretung der deutschen Arbeiterschaft, erhebt die schärfste Verwarnung gegen diese französischen Vergewaltigungsabsichten und warnt die verantwortlichen Gewalthaber auf das eindringlichste vor der Ausführung solcher Pläne. Der Bundesausschuss ersucht zugleich die Gewerkschaften aller Länder, sich diesem Protest anzuschließen, und appelliert an den Internationalen Gewerkschaftskongress in London, eine Rundgebung im gleichen Sinne zu beschließen.“

Der Reichszugler dementiert.

Freiburg i. B., 6. Nov. Die Freiburger Tagespost bringt von ihrem Berliner Vertreter folgende Mitteilung: Von Basel aus sind Gerüchte verbreitet worden, wonach der Reichszugler Fehrenbach Rücktrittsabsichten habe. Wie mir von dem Herrn Reichszugler selbst mitgeteilt wird, hat er niemand gegenüber eine solche Äußerung getan. Es liegt auch keine Berechtigung dafür vor.

Keine Revolutionsfeier.

München, 7. Nov. In der in München geplanten Revolutionsfeier am 7. November meiden die „Münch. Neuesten Nachrichten“, daß der Gedanke, das Verbot eines geschlossenen Aufmarsches mit allgemeiner Arbeiterruhe am 9. November zu beantworten, mit Rücksicht auf die allgemeinen Verhältnisse abgelehnt wurde. Es wurde beschlossen, die Feier in der Ausstellungssarena abzuhalten mit der Abänderung, daß die Teilnehmer sich in zwanglosen Gruppen dorthin begeben sollen.

Berlin, 7. Nov. Auf Anfrage hat das Kabinett beschlossen, daß am 9. November in den Reichsbetrieben und bei den Behörden nicht gefeiert wird.

Die bayrischen Volksgerichte.

München, 6. Nov. Der Verfassungsausschuss des bayrischen Landtags lehnte einen Antrag der Sozialdemokraten und Unabhängigen auf Aufhebung der Volksgerichte mit allen bürgerlichen Stimmen gegen die der sozialistischen Parteien ab. Justizminister Dr. Roth wies darauf hin, daß die bayrischen Volksgerichte von Eisner während der Revolution, also vor dem Inkrafttreten der Reichsverfassung eingeführt wurden und damit nach der Reichsverfassung rechtsgültig seien, bis sie von Bayern aufgehoben würden.

Die Verteidigung der bayrischen Königsparlei.

München, 6. Nov. Der Vorsitzende der bayrischen Königsparlei Meyer-Roy, dem von dem Organ der Christlich-Sozialen Partei „Das neue Volk“ vorgeworfen wurde, er habe in Gemeinshaft mit dem Grafen Bothmer sich bei dem Delegierten der Hohen Rheinlands-Kommission in Sprger, General de Rey, um Geld für die Königsparlei bemüht, erklärt nach der „Bayerischen Staatszeitung“, er habe am 27. April mit General de Rey gesprochen. Die Unterredung sei auf Anraten des pflichtigen Vertrauensmannes seiner Partei erfolgt, um die Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, die der Propaganda der bayrischen Königsparlei in der Pfalz entgegenstanden. Die Angabe des christlich-sozialen Blattes über angebotene, verlangte oder erfolgte französische Geldunterstützungen für die bayrische Königsparlei wird von Meyer-Roy als vollkommen unwahr bezeichnet. Gegen das Blatt werde Beleidigungsklage erhoben werden. Den Grafen Bothmer habe Meyer-Roy erst Ende Juni d. J. kennen gelernt, er sei also nicht mit ihm bei General de Rey gewesen.

Bayrische Volkspartei und Bayerische Königsparlei.

München, 6. Nov. Im Zusammenhang mit den von dem Organ der Christlich-Sozialen Partei „Das neue Volk“ gegen die Führer der Bayerischen Königsparlei Meyer-Roy und Graf



Bergnützigkeitssteuer von den eigentlichen Tagelöhnen nicht entrichtet werden muß. Der Tagelöhner wird jedoch steuerpflichtig, wenn in den Unterrichtsräumen Speisen oder Getränke gegen Bezahlung verabreicht werden oder wenn der Unterricht mit Ausflügen, Kränzchen und Bällen verbunden wird. Auch die Tagelöhnerleistungen der Vereine, geschlossenen Gesellschaften und bei Hochzeiten sind steuerpflichtig, wenn sie außerhalb privater Wohnräume stattfinden.

Von den Jugendämtern. Nach Tübingen hat nun auch Reutlingen für das zu errichtende Jugendamt eine pädagogisch geschulte Kraft gewählt in Blarer Alfred Wagner von Neuhengstett O.H. Calm. Er studierte Theologie und Pädagogik und wurde 1893 zum Vorrat in Neuhengstett ernannt. Er war auf ein Bezirksstudium ernannt, verzichtete aber wieder darauf. Bisher war Wagner Mitglied des Ausschusses des Bezirkswohlfahrtsvereins Calm und Vorkämpfer der dortigen örtlichen Fürsorgekommission für Kriegswohlfahrtsfürsorge des Ostens 1. Vorsitzender des Landesverbands Württemberg der Deutschen Friedensgesellschaft.

Aus dem übrigen Württemberg.

Stuttgart, 6. Nov. Ein nicht allfälliger Fall beschäftigte vor kurzem die Strafammer. Der Witw und früherer Schwarmann Julius Müller von Weiden O.H. Tübingen ein Feldverletzt der Irregimentierung in Weiden und drei ehemalige Angehörige der Sicherheitskompanie Stuttgart, Carl, Schwarz und Heide, waren der Anwesenheit, des Betrugs und der Urkundenfälschung beim der Beihilfe zu diesen Vergehen angeklagt. Daß sie unbekant handelten, konnten sie nicht bestreiten. Das Gericht erkannte auf Gefängnisstrafen von 5 Monaten bis zu 2 Wochen, während Schwarz freigesprochen wurde.

Oberndorf, 5. Nov. Im Keller der Villa des verstorbenen Geh. Kommerzienrats Paul von Mauser wurde eingebrochen. Den Einbrechern, die noch nicht ermittelt sind, sind Lebensmittel in erheblichem Umfang in die Hände gefallen. (Warum solch übermäßige Hamsterei?)

Heilbronn, 7. Nov. Einer von denen, die an der württembergisch-badischen Grenze gegen Wargheim zu ihr Namelen treiben, ist der Ecker und Wit Robert Albrecht aus Wargheim. Es gelang lange nicht, ihn zu erwischen. In der Nacht vom 26. auf 27. Aug. wurde er zum angehalten, als er in getrocknetem Getreide mit 7 Ztr. Mehl davonfahren wollte. Dieses Mehl war er von einem Unbekannten lediglich zur Befreiung gegen eine Beschlagnahme erhalten, ohne zu wissen, was eigentlich der Inhalt der Säcke ist. Bereits am anderen Tag wurde er in der Nähe von Weilsach wiederum mit einem selbstgebasteten Wagen gefahren. Als man ihn in Wargheim durchsuchte, war jedoch nichts mehr vorzufinden. Von den Kontrollbeamten wird er als bekannter Schlechthändler geschickt, der ein ganzes Netz von Helfern in der dortigen Gegend hat. Der Staatsanwalt beantragte 6 Monate Gefängnis Albrecht wurde vom Wuchergesetz wegen Schlechthändler zu 2 Monaten Gefängnis und 500 M. Geldstrafe verurteilt. Sein Bruder, der ihn bei der fraglichen Fahrt begleitete, wurde freigesprochen.

Leuberg, 6. Nov. Die hiesige Landwirtschaft, Winterkulture wurde in beiden Jahren mit 82 Schülern eröffnet. Im nächsten Jahr kann die Schule ihr 25jähriges Jubiläum feiern.

Turnen, Spiel und Sport.

F. C. Tiefenbrunn I — F. C. Nagold 10:6.
Das Spiel litt unter einer Überlegenheit der Nagolder Elf, die die 2 Punkte sicher heimbringen konnte. Die Spielweise war für ein Verbandsspiel fair, sodaß die gute Kombination der einheimischen Stürmer durchdrang. Die Tore fielen in regelmäßigen Abständen.

Gaubeis- und Marktberichte.

Karlsruhe, 7. Nov. Auftrieb auf den Viehmarkt 354 Stück Vieh. Die Preise für Rindvieh bewegten sich zwischen 6.50—9.60 M. Schweine kosteten 16—17 M. das Pfund Lebendgewicht, Ferkel 80 bis 520 M. das Stück. Der Verkauf ging schleppend vor sich.

Mannheim, 7. Nov. Zum Ferkelmarkt waren 933 Ferkel zugeföhren, für die sich der Preis auf 200 bis 600 M. für das Stück stellte. Der Handel war mittelmäßig.

Altenberger Hopfenmarkt. Der Markt beharrt weiter in andauernder Festigkeit; erhöhte Forderungen der Käufer erschweren bis jetzt den Geschäftsgang, drängen aber doch verschärft durch, zumal die Nachfrage für prima und gute Mittelhopfen immer noch groß ist. Die Futuhren betragen bis Mittwoch nahezu 900 Ballen, die Umsätze etwa 1000 Ballen. Gehandelt wurden zumeist Hallertauer im Dreikrahnen von 3000—3300 M., ein Posten prima bis 3400 M., kränkliche Landhopfen zwischen 2800—3200 M., Gebirgshopfen und Württembergischer bis 3300 M. Stimmung ruhig, fest.

Legte Nachrichten.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 6. Nov. Die Sitzung wird um 10.15 Uhr von dem Präsidenten Eöde eröffnet. Von der Regierung sind anwesend: Reichstanzler Fehrenbach, Simons und Koch. Auf der Tagesordnung steht eine Interpellation Schiffer (D.) über Eupen und Malmedy, die von Zentrum, Sozialdemokraten, Deutschnationalen, Deutsche Volkspartei und den Rechtsunabhängigen unterstützt wird. Als zweiter Punkt wird Anstufung verlangt über die Höhe der Besatzungskosten, über Behandlung der Bevölkerung durch die Besatzung und über die Maßnahmen zur Zurückführung von Ausgewiesenen. Zum ersten Punkt der Tagesordnung nimmt Dr. Bell (Z.) das Wort. Der Redner entwirft ein klares Bild von den Zuständen im besetzten Gebiet, von den Leiden der Bevölkerung während der Okkupation. Er gibt dann eine kurze Schilderung über den lebhaften Schmuggel an der Westgrenze und betont, daß durch diese Zustände nicht nur wir, sondern auch die Alliierten geschädigt werden. Sehr allbarm auf die Interpellation über Eupen-Malmedy ein und verweist sie im Wortlaut. Er betont, daß die Form der Abstimmung, die der Wählerbundsrat für Eupen und Malmedy vorgelegt habe, sehr mangelhaft sei. Die ganze Abstimmung sei als eine Karikatur anzusehen. 272 ganze Stimmen hätten sich nach dem belgischen Bericht nur für Deutschland ausgesprochen. Das sei ein öffentlicher Widerspruch bei einer Bevölkerungsziffer von 80.000. Die Entente müsse ihrerseits ihr eigenes Gewissen erforschen, damit die Welt endlich zur Wälderlösung und zum Frieden gelangt.

Darauf ergriff Reichstanzler Simons das Wort zur ungeliebten Interpellation. Er führte aus: Daß ganz deutsche Volk nimmt lebhaften Anteil an den schweren Leiden

der Bevölkerung in den Kreisen Eupen und Malmedy. Der Betrag von Verfalltes hat eine ganz merkwürdige Form der Volksabstimmung für die beiden Kreise vorgelesen. Anfangs Dezember 1919 hat die Reichsregierung dem Wählerbund ein umfangreiches Aktenmaterial über das Verhalten der belgischen Behörden zugestellt. Die Reichsregierung hat beantragt, die Volksabstimmung in den beiden Kreisen für ungültig zu erklären und eine neue unbedingte Volksentscheidung dort vorzunehmen zu lassen. Wir haben auf unsere zahlreichen Beschwerden niemals eine umfassende Antwort bekommen. Auf das Material, das wir vorgelegt haben, ist überhaupt nichts eingegangen. Ob eine Prüfung erfolgt ist, ist ebenfalls gänzlich unbekant. Zudem ist der Wählerbundsrat nach dem Wortlaut des Friedensvertrags in der Angelegenheit Eupen und Malmedy nicht zuständig. Die Entscheidung kann nur durch die Vollversammlung des Wählerbunds erfolgen.

Korell (D.) schließt sich den Ausführungen des Abg. Dr. Bell an und schildert die Zustände, die in Elsaß-Lothringen unter französischer Herrschaft entstanden sind und Hunderte wieder zu uns über die Grenze getrieben haben. Er verwandte sich für eine weitgehende wachherzige Unterstützung dieser Flüchtlinge und tritt sodann für das deutsche Rheinland ein. Er schilderte die Kosten der Besatzung. Frankreich werde vor die Wahl gestellt werden, ob es den Wiederaufbau wolle oder seinen Offizieren und Soldaten ein gutes Leben auf deutsche Kosten einräumen. Eines von beiden sei nur möglich. Der Trost, den das französische Heer nach sich ziehe, vermehre auch die Wohnungsnot. Lebensmittel und Kohlen reichten nicht aus und die rationierten Lebensmittel werden der Bevölkerung einfach weggenommen zum Besten der Besatzungsbehörden. An der Wiederaufnahme wirtschaftlicher Beziehungen zu Frankreich haben auch die Rheinländer Interesse. Erreicht sei es, daß die Bevölkerung der Rheinlande so fest in der Besinnung ihres Deutschtums daslebe. Wir fördern den deutschen Gedanken im Westen durch Unterstützung von Kunst und Wissenschaft, Sport- und Geistesleben.

Das Haus beschließt die Bepfropfung der Interpellationen. **Sollmann (S.)** betont das schwere Unrecht, das uns mit Eupen-Malmedy zugefügt wird, meinte aber, daß auch Belgien 1914 schweres Unrecht angetan wurde. Die Eupen-Malmedy-Frage dürfe nicht der Grund zu einer andauernden Verhinderung zwischen uns und Belgien werden. Die Arbeiterschaft beider Kreise ist für Deutschland. Für Belgien sind nur die Schieberkreise. Erst wenn der wahre Wählerbund, der die Verschönerung der Wälder wirklich anstrebt, in Aktion tritt, wird das uns widerfahrte Unrecht wieder gut gemacht werden. Es folgt die Interpellation **Krumbald (Dn.)** über die Kartoffelieferungsverträge.

Schimmelpfennig (Dn.) führt zur Begründung aus: Es werden viele Klagen laut, daß von den auf Lieferungsverträge abgeschlossenen Kartoffeln noch große Mengen ungenommen sind. Trotzdem weite Gebiete Mangel haben, können die Landwirte wegen der Nichterhaltung der Verträge durch Reichs-, Stadt- und Kommunalverbände über ihre Kartoffeln nicht verfügen. Ueberall mangelt es an Wagenvermittlung der Eisenbahnen. Was wird die Regierung zur Befreiung dieser Missetände tun? An meine Berufsgenossen aber richte ich den Appell, in der Befreiung der Misset. Bevölkerung mit Kartoffeln das Nächstmögliche zu leisten. (Beifall rechts.)

Reichsernährungsminister Hermes: Nach den getroffenen Abmachungen sollen 60 Prozent der Kartoffeln im Herbst, der Rest im Frühjahr abgenommen werden. Zunächst hat diese Abnahme unter großen Schwierigkeiten gestanden. Seit Oktober ist der Bezug aber regelmäßig geworden. Die Preisfestsetzung ist bereits im Frühjahr d. J. durch das Reichsernährungsministerium erfolgt, in der Absicht, auf den Kartoffelbau befruchtend zu wirken. Diese Absicht ist auch erfüllt worden. Durch Lieferungsabkommen wurde die Abnahme der Kartoffeln sicher gestellt. Hätten die Städte die Kartoffeln regelmäßig abgenommen, so wären uns viele Anzeichen beim Uebergang der Invasionswirtschaft zur freien Wirtschaft erspart geblieben. Das Ministerium hat daher einen Mittelweg eingeschlagen, indem es die Lieferungsverträge beibehält, für alle Fälle eine Reserve schuf und sofort den freien Handel einleitete. Die Ernte ist gut ausgefallen. Der Heftaretrag ist von 110 auf 125 Doppelzentner gestiegen. Zudem ist die Ernte schon vielfach unter Dach und Fach. In Besorgnissen liegt kein Anlaß vor. Auch hinsichtlich der Preisbildung sei das der Fall. Die Regierung bereite ein Gesetz gegen Wucherer und Schieber vor und erwarte im übrigen, daß die Landwirtschaft selbst die Elemente im Zaum halten werde, die die Zeit für ein Schrauben des Preises gekommen erachtete. Im übrigen seien in gemeinsamen Beratungen Preisrichtlinien vereinbart worden, die jeden Wucher verhinderten. (Beifall.)

Ein Veräußerungsantrag Lindborn wird angenommen. Donnerstag, 18. Nov., nachm. 3 Uhr: Sozialistischer Interpellation, Fortsetzung der heutigen Beratung und keine Vorlagen. Schluß nach 6 Uhr.

Ausführung der notwendigen Arbeiten in Berlin.

Berlin, 8. Nov. Gestern Vormittag fanden im Anschluß an die Verhandlungen von Vorabend Vertrauensmännerversammlungen der streikenden Elektrizitätsarbeiter statt. Mit übergroßer Mehrheit beschloßen die Vertrauensleute, die notwendigen Notstandsarbeiten auszuführen. Der Obmann Solt, der in den Versammlungen berichtete, teilte mit, daß es diesmal der eingeleiteten Technischen Nothilfe nicht gelungen sei, die Maschinen zum Laufen zu bringen. Wir haben nämlich, so erklärte Solt, aus dem früheren Streik gelernt und dafür gesorgt, daß notwendige Maschinenteile vorher entfernt wurden. Tatsächlich sind derartige Sabotageakte verübt worden. Wie wir hören, haben die beiden Stadträte Weiß und Bell, welche die Erfüllungen von Solt in den Vertrauensmännerversammlungen mitangehört haben und denen die Sabotageakte bekannt sind, beim Magistrat die erforderlichen Maßnahmen gegen Solt veranlaßt.

Die Erzeugnisse der Revolutionstage.

München, 8. Nov. Gestern vormittag versammelten sich etwa 8—10.000 Arbeiter und Arbeiterinnen in der Arena der Ausstellung. Abgeordneter Rohhaupter (Reichsbrottag.) sprach über die Erzeugnisse aus den Revolutionstagen. Nach der Feier zogen die Arbeiter ruhig in kleinen Gruppen in ihre Bezirke zurück. Es kam nirgends zu Zusammenstößen. Die Betriebsräte veranstalteten im Gewerkschaftshaus eine kleine Fete, bei der eine Eisner-Tafel enthielt wurde.

Die von der U.S.V.D. und R.V.D. veranstalteten Versammlungen waren ziemlich schwach besucht.

Das Eingreifen der Technischen Nothilfe.

Heutigen, 8. Nov. In Chorzow hat gestern Nachmittag die Technische Nothilfe unter militärischem Schutz eingegriffen. Zu irgendwelchen Zwischenfällen ist es nicht gekommen. Auch in Zabrze wird das Werk durch die Technische Nothilfe in Gang gehalten.

Das wahre Gesicht Englands.

Paris, 8. Nov. „Journal“ erklärt, nicht Frankreich sei es, das die Herstellung der Dieselmotoren gefordert oder diese Forderung auch nur unterstützt habe, sondern England allein habe dieses Ansinnen gestellt und energisch darauf bestanden. Die französische Regierung habe sich unbedingt gewogen, die englische Ansicht zu unterstützen und habe durchgesetzt, daß ihre Ansicht durchgedrungen sei. Infolgedessen brauchen die deutschen Dieselmotoren nicht gestört werden. — Auch „Intransigent“ teilt mit, es sei beschlossen worden, die deutschen Dieselmotoren nicht zu zerstören.

Amerika und Japan.

Rotterdam, 8. Nov. Aus Washington wird gemeldet: Die Verhandlungen zwischen dem japanischen Botschafter und den Beamten im Staatsdepartement werden nicht aufgenommen.

Die Siege im amerikanischen Repräsentantenhaus.

New-York, 8. Nov. (Havas.) Die 435 Siege des Repräsentantenhauses verteilen sich wie folgt: Republikaner 293, Demokraten 138, Sozialisten 1, übrige Parteien 3 Siege. Die Republikaner haben somit 61 Siege gewonnen.

Die Wiedergutmachungsfrage.

Rotterdam, 8. Nov. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus Brüssel, daß die Kommission für die Wiedergutmachungsfrage ungefähr am 20. November in Brüssel zusammentritt.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Bierherstellung und Bierpreise.

Durch Verordnung des Reichsernährungsministeriums vom 30. Sept. 1920 und Verfügung des Württ. Ernährungsministeriums vom 22. Okt. 1920 wurden bezüglich der Herstellung, des Verkaufs und des Ausschanks von Bier folgende, bereits in Kraft getretene Änderungen getroffen:

Es darf nur Einfachbier und Vollbier (§ 3 Absatz 2 des Biersteuergesetzes vom 26. Juni 1918, R.G.B. S. 863) mit einem Stammwürzegehalt von 8 vom Hundert hergestellt werden.

Startbier (§ 3 Abs. 2 des Biersteuergesetzes vom 26. Juni 1918) darf nicht hergestellt werden.

Beim Verkauf durch den Hersteller darf der Preis für 100 Liter in Fässern nicht übersteigen:

a) für Einfachbier 130 M., für Vollbier (§ 1 Abs. 1) 180 M.,

b) für bierähnliche Getränke (Erstbier) 137 M.

Die Inhaber von Gast- und Schaumstoffbetrieben sowie von anderen Betrieben, die Bier offen oder in Flaschen oder anderen Gefäßen im Kleinvertrieb abgeben, haben durch deutlich sichtbaren Aufschlag in den Wirtschaftsräumen und Verkaufsstellen die Verkaufspreise für Bier in den zum Ankauf oder Verkauf kommenden Maßern bekannt zu geben. Mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. wird bestraft, der den Vorschriften des § 1 zuwider die Bekanntgabe der Bierpreise unterläßt. 1713

Nagold, den 6. Nov. 1920. Oberamt: Mü n g.

Raul- und Kleinfische!

Nach Anhörung des Ausschusses des landwirtschaftlichen Bezirksvereins und im Einverständnis mit dem Herrn Oberamtsrat werden die erleichternden Bestimmungen des § 187, Abs. 2 der Württ. Ausführungsvorschriften zum Viehwirtschaftsgesetz vom 11. Juli 1912, Reg. Bl. S. 293, bezüglich der Verwendung der Tiere nicht veräußert Gehöfte zu dringenden Feldarbeiten aufgehoben und zwar

- a) mit sofortiger Wirkung: für die neuverkauften Gemeinden Egenhausen, Emmingen, Halterbach und Unterschwandorf, sowie für die Gemeinden Felschhausen, Oberschwandorf und Beshingen — in diesen drei Gemeinden deshalb, weil es diese Gemeinden trotz wiederholter Aufforderung unterlassen haben, rechtzeitig Raul für die Desinfektion zu beschaffen.
 - b) mit Wirkung vom 16. November ds. Js. ab: für alle übrigen veräußerten Gemeinden. 1717
- Nagold, den 8. Nov. 1920. Oberamt: Mü n g.

Einladung!

Die unterzeichnete Firma veranlaßt in Nagold für die Käufer ihres Lehrplanes einen

Kurs im Schnittzeichnen, Zuschneiden, sowie praktischen Anfertigen von Damen- und Kindergarderoben u. Leibwäsche.

Für Anfänger und Fortgeschrittene.

Mittagskurse **Abendkurse**

ohne jede Nachzahlung.

im Gasthof z. „Sternen“

wogu die verehrten Damen höflichst eingeladen werden. Beste Gelegenheit unter sachmännlicher Leitung etwas Neues zu lernen.

Damenmode-Schnittzeichnen- und Zuschneide-Atelier
A. Lipp & Co., Stuttgart-Fellbach
1699
Karlsstr. 25

Beizetee kommen ins Haus u. nehmen Anmeldungen entgegen.

Oberamtsvertretung

bergribt großzügige Organisation an folgenden Herrn für Ein- und Verkauf. Dauerhafter Verdienst. Sichere Erfindung. Garantleistung M. 1000.— erforderlich. Schriftliche Angebote an Württemb. Verkaufsorganisation Oberamtheim erbeten. 1710

Oberamts Sparkasse Nagold.

Rechnungs-Ergebnisse

für das Rechnungsjahr 1. Januar bis 31. Dezember 1919.

Einnahmen	Betrag		Ausgaben	Betrag	
	ℳ	¢		ℳ	¢
1. Mehreinnahme vom Vorjahr	127 372	74	1. Mehreinnahme vom Vorjahr	—	—
2. Zuschände	128	16	2. Zahlungsrückstände	—	—
3. Grundstücke	2 129	—	3. Grundstücke	643	22
4. Bewegliche Sachen	—	—	4. Bewegliche Sachen	142	79
5. Geldvermögen	—	—	5. Geldvermögen	—	—
a) Einlagen	3 854 328	20	a) Zurückbezahlte Einlag. u. Zinsen	2 109 152	54
b) Giroverkehr	13 182 557	92	b) Giroverkehr	12 976 456	72
c) Kaufpreise und Zinsen hieraus	45	—	c) Kaufpreise	—	—
d) Kapitalien und Zinsen	4 139 203	52	d) Hingeliehene Kapitalien	6 108 850	—
e) Bankanlagen	796 014	04	e) Bankanlagen	825 142	20
f) Aufgenommene Darlehen	—	—	f) Kapitalkschulden und Zinsen	1 008	10
g) Sonstiges	885	—	g) Sonstiges	7 969	70
6. Außerordentliches	43 048	67	6. Steuern und Abgaben	337	63
			7. Verwaltung	24 761	66
			8. Beiträge für fremde Zwecke	—	—
			9. Außerordentliches	40 394	64
Summe	22 145 712	25	Summe	22 094 859	20

Einnahmen . . . 22 145 712 ℳ 25 ¢
 Ausgaben . . . 22 094 859 ℳ 20 ¢
 Mehreinnahme . . . 50 853 ℳ 05 ¢
 Kassenumsatz . . . 44 240 571 ℳ 45 ¢

Vermögensstand am 31. Dezember 1919.

Vermögen	Betrag		Verbindlichkeiten	Betrag	
	ℳ	¢		ℳ	¢
1. Gebäudemessung	150 000	—	1. Guthaben der Einleger	7 492 666	73
ab Abschreibung	3 000	—	2. Guthaben der Giroteilnehmer	952 500	22
2. Kaufpreisforderungen	1 000	—		8 445 166	95
3. Darlehen:			Rücklage auf 31. Dezember 1919	187 819	22
a) in Hypotheken	1 127 815	14			
b) an öffentliche Körperschaften	1 992 368	13			
c) in Wertpapieren und Schuldverschreibungen — ausgenommen Kriegsanleihe	750 850	—			
ab Abschreibung 1919	7 940	—			
d) Kriegsanleihe, — Schuldverschreibungen u. Schatzanweisungen —	1 964 545.40	—			
ab Abschreibung 1919	20 164	—			
e) unverzinsliche Reichsschatzansam.	1 800 000	—			
f) Sonstige Darlehen	30 700	—			
4. Guthaben bei Banken	85 931	80			
5. Guthaben der Girozentrale	689 181	82			
6. Rückstände	13	22			
7. Stückzinsen	20 831	61			
8. Mehreinnahme	50 853	05			
Summe	8 632 986	17	Summe	8 632 986	17

Nagold, im November 1920.

Kasimir Klinger, Segenrechner i. V.

Schuhmacher

erhalten 1215

Sohlleder, Schäfte, Riefterleder

und Schuhmacher-Artikel aller Art

zu vorzuziehenden Preisen bei

S. Mazur, Pforzheim

Leopoldstr. 7 a.

Lagerbesuch sehr lohnend.

Schönbrunn.

Hochzeits-Einladung.

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung gestatten wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte auf

Donnerstag, den 11. November 1920

in das Gasthaus „Linde“ in Schönbrunn freundlichst einzuladen.

Christian Majer

⊗

Bauer

Sohn d. † Gottlob Majer

in Schönbrunn.

Pauline Angel

⊗

Tochter des

Georg Angel, Bauer

in Schönbrunn.

Kirchgang 11 Uhr.

Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung entgegenzunehmen.

1599

Nagold. 1679

Eichorien,

verschiedene Fabrikate

Linde's

Kaffemischung

Malzkaffee offen

zu herabgesetzten Preisen bei

Berg & Schmid.

Gebetbücher

bei G. W. Zaiser, Nagold.

Nagold. 1694

Fleischwurstlästen

Rübenscheider

Brüdenwagen

Güllerpumpen

Kartoffelquetschen

empfiehlt

Johs. Werner

Bahnhofstraße.

1680 Nagold.

Kunsthonig

Frucht-Marmelade

Dauer-Maronen

Tafelzweigen

Citronen

halbbare Zwiebel

billigt bei

Berg & Schmid.



vorrätig bei

G. W. Zaiser, Buchhdlg.

NAGOLD.

Ihre VERMÄHLUNG geben bekannt:

Christian Kalmbach

Verw.-Aktuar

und Frau Pauline

geb. Krauß

Altensteig
Nagold
Nagold

8. November 1920.

Sozialdem. Partei.

Morgen Dienstag abend 8 Uhr

außerordentl. Mitgliederversammlung

im Lokal „Sternen“.

Die Tagesordnung erfordert dringendes Erscheinen sämtlicher Mitglieder.

1712 Der Vorstand.

1711 Wiltberg, 7. Nov. 1920.



Todes-Anzeige.

Teilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten die schwerliche Mitteilung, daß unsere liebe Gattin, Mutter, Schwester und Tochter

Marie Göhner

geb. Weiland

nach langem Leiden Samstag abend sanft entschlafen ist.

Im Rahmen der trauernden Hinterbliebenen:

Karl Göhner

3. Rosenhügel.

Beerdigung Dienstag nachm. 1/2 2 Uhr.

1709 Stuttgart, 5. Nov. 1920.

Klopstockstr. 38.



Danksagung.

Unser am 30. v. Mis. hier verstorbenen l. Vater und Großvater

Oberlehrer a. D. Georg Braun

wurde nach seinem Geburtsort Schönbrunn überführt und dort am 2. ds. Mis. an der Seite seiner ihm vorauseingegangenen Gattin zur letzten Ruhe bestattet.

Hiebei sind uns von unserm l. Verwandten, insbesondere von unserm Vetter Fritz Stockinger und seiner Familie, viele Liebesdienste erwiesen worden, auch von den sonstigen Gemeindegliedern haben wir viele Teilnahme erfahren dürfen; die erbaulichen Worte des Herrn Pfarrer Martin von Offingen sowie der erhabende Gesang des Gesangsvereins und des Jungfrauen-Vereins von Schönbrunn haben uns sehr wohlgetan.

Für all dies sprechen wir auch öffentlich unsern herzlichsten Dank aus.

Finanzrat Braun mit Frau und Tochter.

Nagold. 1681

Feinsten Lederleim

„ Knochenleim

empfehlen sehr preiswert

Berg & Schmid.

Schneiderlehrstelle

zu sofortigen Eintritt

gesucht.

zu erfragen bei der Geschäftsst. des Gesellsch. 1607

Fleißiger, redigewandter

Herr

mit sicherem Auftreten findet dauernde Anstellung bei

hohem Verdienst.

Angebote unter J. S. 1680 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Suche

zum baldigen Eintritt 17—18 jähriges, eheliches

1703

Mädchen.

Frau Anna Koch,
Kirschheim a. Neckar.